Zahnärztekammer Berlin

Bericht

über das Geschäftsjahr

2000

Inhaltsverzeichnis **Seite**

1.	Delegiertenversammlung	1 - 2
2.	Vorstand	2 - 3
3.	Ehrungen	3
4.	Zahnärztliche Fortbildung	
	a) 14. Berliner Zahnärztetag	3 - 4
	b) Kursangebote zu ermäßigten Gebühren	4
	c) Dienstagsveranstaltungen	5
5.	Zahnärztliche Weiterbildung	5 - 6
6.	Sonderveranstaltungen und besondere Tätigkeiten	
	a) Klausurtagung des Vorstandes	6
	b) Heilberufskammern	6
	c) Sachverständigenkommission	6
	d) Patientenberatung	6 - 7
	e) Fachkundekurse nach der Röntgenverordnung	7
	f) Zahnärztliche Stelle nach § 16 Abs. 3 RöV	7 - 8
	g) Hepatitis-B-Impfstoff – Engerix-B	8
	h) GOZ	8
	i) Gutachterwesen	8
	j) Assistentenseminar	9
	k) Technische Prüfung und Beratung	9
	l) BuS-Betreuung	10
	m) Koordinierungskonferenz der neuen Bundesländer und Berlin	10
	n) Leitstelle Ausbildungsberater neue Länder	10
7.	Meldewesen	11
8.	Schlichtungswesen	11
9.	Helferinnenwesen	12 - 13
10.	Personalbestand der Zahnärztekammer	13
11.	Finanzen und Buchhaltung	13
12.	Fürsorgeausschuss/Sozialfonds	14
13.	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	14 - 15
14.	Landesarbeitsgemeinschaft zur Verhütung von Zahnerkrankungen e. V. (LAG)	16
15.	Philipp-Pfaff-Institut	16
	a) Praxis	17
	b) Kursbetrieb Wissenschaftliches Programm	17
	c) Intensivseminar für Individualprophylaxe	17 - 18
	d) Fortbildungsseminar zur Zahnmedizinschen Verwaltungshelferin	19

1. Delegiertenversammlung

Im Berichtsjahr führte die Zahnärztekammer Berlin

am 09. März
die 7. ordentliche Delegiertenversammlung

am 28. September
die 8. ordentliche Delegiertenversammlung

am 19. Oktober
die 9. ordentliche Delegiertenversammlung

am 16. November
die 10. ordentliche Delegiertenversammlung

am 07. Dezember
die 11. ordentliche Delegiertenversammlung

durch.

Auf der 7. ordentlichen Delegiertenversammlung wurde die finanzielle Situation des PPI ausführlich diskutiert und der Beschluss gefasst, dem Philipp-Pfaff-Institut für das Haushaltsjahr 2000 einen Darlehensrahmen bis zu DM 210.000,-- (DM 140.000,-- ZÄK Berlin, DM 70.000,-- LZÄK Brandenburg) zu gewähren.

Weiterhin wurden jeweils ein Vertrauensmann und ein Stellvertreter für die Wahl der ehrenamtlichen Richter beim Berufsobergericht sowie Berufsgericht gewählt. Den vom Vorstand vorgelegten Vorschlagslisten zur Wahl der ehrenamtlichen Richter und Stellvertreter zum Berufsgericht sowie Berufsobergericht wurde zugestimmt.

Es erfolgte die Nachwahl eines Stellvertreters für den Prüfungsausschuss Kieferorthopädie sowie eines Mitgliedes für den Haushaltsausschuss und die Beschlussfassung über Satzungsänderungen des Versorgungswerkes.

Auf der 8. ordentlichen Delegiertenversammlung stellte sich die Zahnarztpraxis für Obdachlose der „MUT Gesellschaft für Gesundheit mbH" den Delegierten vor.

Der Geschäftsbericht und Jahresabschluss der Zahnärztekammer Berlin für das Geschäftsjahr 1999 und der Haushaltsplan für das Jahr 2001 wurden vom Finanzreferenten, Herrn Tunjan, vorgetragen und erläutert. Die Annahme des Jahresabschlusses und Entlastung des Vorstandes wurde für den Zeitraum 01.01. - 17.02.1999 ausgesetzt, um das Ergebnis des anhängigen Ermittlungsverfahrens gegen den ehemaligen Geschäftsführer abzuwarten. Für den Zeitraum 18.02. - 31.12.1999 wurde dem Vorstand die Entlastung erteilt. Die Delegiertenversammlung stimmte ebenfalls dem vorgelegten Haushaltsplan für das Jahr 2001 und den Änderungen der Gebührenordnung der Zahnärztekammer Berlin zu. Es erfolgte des weiteren die Wahl eines Mitgliedes für den Schlichtungsausschuss.

Auf der 9. ordentlichen Delegiertenversammlung wurde ausführlich über das Philipp-Pfaff-Institut im Hinblick auf die finanzielle Situation und einen eventuellen Umzug diskutiert.

Die Delegiertenversammlung fasste den Beschluss, dem Philipp-Pfaff-Institut für das Haushaltsjahr 2000 einen Darlehensrahmen von insgesamt bis zu DM 260.000,-- seitens der Zahnärztekammer Berlin zu gewähren, wobei die Darlehensanträge schriftlich zu begründen und beim Vorstand einzureichen sind. Die Delegiertenversammlung fasste des weiteren den Beschluss, dass das Philipp-Pfaff-Institut mit Ablauf des Mietvertrages den Standort wechseln soll.

Die Delegiertenversammlung diskutierte die „Zertifizierte Fortbildung" ausführlich und fasste den Beschluss, sich gegen die „Rahmenvereinbarung der Bundeszahnärztekammer für eine strukturierte Fortbildung mit Kammerzertifikat" auszusprechen.

Auf der 10. ordentlichen Delegiertenversammlung verabschiedeten die Delegierten die „Erklärung der Berliner Zahnärzte - Gesundheit kennt keine Diskriminierung". Die Delegiertenversammlung beschloss weiterhin diverse Satzungsänderungen des Versorgungswerkes, eine Geschäftsordnung für den Verwaltungsausschuss des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin sowie „Richtlinien für den Verwaltungsausschuss über die Anlage und Kontrolle von Vermögen des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin".

Auf der 11. ordentlichen Delegiertenversammlung erfolgten die Berichte des Verwaltungsausschusses des Versorgungswerkes und des Wirtschaftsprüfers des Versorgungswerkes. Der Bericht des mathematischen Sachverständigen des Versorgungswerkes wurde wegen dessen Abwesenheit vom Geschäftsführer des Versorgungswerkes vorgetragen. Weiterhin erfolgte, im Einvernehmen mit dem Vorstand der Zahnärztekammer und dem Verwaltungsausschuss des Versorgungswerkes, die Bestellung eines Finanzsachverständigen des Versorgungswerkes. Der Jahresabschluss des Versorgungswerkes für das Kalenderjahr 1999 wurde erläutert und dem Verwaltungsausschuss sowie Vorstand für den Zeitraum vom 05.05. bis 31.12.1999 Entlastung erteilt. Die Delegiertenversammlung hat weiterhin über die Mittelverwendung gemäß § 3 Ziffer 4 der Satzung des Versorgungswerkes beschlossen.

Die Delegiertenversammlung wählte ferner jeweils ein Mitglied und einen Stellvertreter für den Prüfungsausschuss Oralchirurgie. Des weiteren erfolgte die Bestellung von gerichtlichen/außergerichtlichen Sachverständigen gemäß § 5 Berliner Kammergesetz und § 10 der Satzung.

In allen Delegiertenversammlungen stand der Vorstand nach dem Bericht des Präsidenten in einer Fragestunde den Delegierten zur Beantwortung von Anfragen und zur Entgegennahme von Anregungen zur Verfügung.

2. Vorstand

Im Berichtsjahr fanden regelmäßig mittwochs Vorstandsbesprechungen statt.

Der Vorstand nahm an den Sitzungen des Verwaltungsausschusses des Versorgungswerkes teil.

Über den Ablauf der Vorstandssitzungen bzw. die gefassten Beschlüsse liegen entsprechende Niederschriften vor.

Die Vorstandsmitglieder standen mittwochs, im Rahmen der Sprechstunden, zu persönlichen und telefonischen Anfragen zur Verfügung.

Im MBZ erfolgten die amtlichen Mitteilungen der Zahnärztekammer an die Berliner Kollegenschaft.

Die Posteingänge beliefen sich - ohne die Berufsausbildungsvorgänge, Zwischen- und Abschlussprüfungen der Zahnarzthelfer/innen, diversen Zeitschriften und Rundschreiben sowie Vorgängen aus dem Bereich der Zahnärztlichen Stelle - im Berichtsjahr auf 3270.

An die Kolleginnen und Kollegen wurden im Berichtszeitraum vier Rundschreiben versandt, die u. a. Informationen über den 14. Berliner Zahnärztetag, Mobile Zahnarztpraxis - Türkeihilfe, Rahmenvereinbarung mit der Bewag AG, Neue Beitragsordnung der Zahnärztekammer Berlin, Medizinproduktegesetz (MPG), Landesarbeitsgemeinschaft zur Verhütung von Zahnerkrankungen (LAG) e. V., Neuer Vergütungsvertrag für Zahnarzthelfer/innen ab 01.04.2000, Nachträge zum Handbuch der Zahnärztekammer Berlin, Hilfswerk Deutscher Zahnärzte für Lepra- und Notgebiet (C. H. Bartels Fund), Fragebogen „Besondere Behandlungsmaßnahmen", Neuauflage der IZA 2000 - Informationen über zahnärztliche Arzneimittel, Intensivseminar für organisierte Individualprophylaxe am Philipp-Pfaff-Institut, Sonderveranstaltungen des Philipp-Pfaff-Institutes, 15. Berliner Zahnärztetag, Zahnärztliche Stelle bei der Zahnärztekammer Berlin, Allgemeine Anzeigepflicht für CEREC-Produkte gem. §§ 25 und 31 Abs. 4 Medizinproduktegesetz (MPG), Praktikanten in der zahnärztlichen Praxis, Entsorgung von Praxisabfällen, Hygieneplan der Bundeszahnärztekammer, Erklärung der Berliner Zahnärzte - Gesundheitsfürsorge kennt keine Diskriminierung, Meldeordnung der Zahnärztekammer Berlin, Neuregelung beim Antragsverfahren zum Thema „Amalgamabscheider", „Übertragung der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit in deutschen Zahnarztpraxen extrem unwahrscheinlich", Präsentation von Zahnarztpraxen im Internet und das Philipp-Pfaff-Institut zum Inhalt hatten.

Mit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Berlin wurden zwei gemeinsame Rundschreiben an die Kolleginnen und Kollegen versandt, welche u. a. Informationen bzw. Abrechnungshinweise bezüglich der GKV-Gesundheitsreform 2000 zum Inhalt hatten.

3. Glückwünsche und Ehrungen

Die Kolleginnen und Kollegen, die das 80. Lebensjahr und darüber hinaus vollendet hatten, erhielten auch 2000 wieder die besonderen Glückwünsche der Zahnärztekammer.

Des weiteren erhielten alle Präsidenten anderer Zahnärztekammern, Tierärztekammern etc. Glückwünsche.

Es wurden keine Ehrungen im Berichtsjahr vorgenommen.

4. Zahnärztliche Fortbildung

a) 14. Berliner Zahnärztetag

Vom 03. - 06. Februar 2000 fand der 14. Berliner Zahnärztetag statt, der von der Zahnärztekammer Berlin in Zusammenarbeit mit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Berlin und dem Quintessenz-Verlag veranstaltet wurde.

Der von der Zahnärztekammer gestaltete wissenschaftliche Teil stand unter dem Generalthema **„Zahnärztliche Prothetik und Werkstoffkunde 2000"** und behandelte folgende Themen:

1. Prothetik – State-of-the-Art
2. Die Herausforderung an die restaurative Zahnmedizin im kommenden Jahrtausend
3. Präprothetische Chirurgie 2000 – Standortbestimmung und Zukunftsperspektiven
4. Prothetik und Zahnerhaltung
5. Prothetik und Kieferorthopädie
6. Gerostomatologie – Herausforderung im 21. Jahrhundert
7. Prothetik und Werkstoffkunde
8. Evolution and design optimization of bonded ceramic restorations for the anterior dentition
9. Das parodontal-restaurative Interface – Eine prothetische und biologische Herausforderung
10. Behandlungsstrategien beim teilbezahnten Patienten: Aktuelle Tendenzen und zunehmende Herausforderungen
11. Some functional aspects on tooth loss and prosthetic treatment
12. CAD/CAM gefertigter Zahnersatz: Die Zukunft der Prothetik?

Spezial Workshop

Hygienische Aspekte in der Prothetik

Als Parallelveranstaltungen wurden Workshops mit folgenden Themen angeboten:

1. Okklusionskonzepte
2. Frontzahnrekonstruktion
3. Vollkeramische Restaurationssysteme – Der „State-of-the-Art" für die Praxis
4. Galvanoprothetik
5. Möglichkeiten und Grenzen adhäsiver Prothetik

b) Kursangebote zu ermäßigten Gebühren

Mit Beschluss der Delegiertenversammlung vom 09. November 1995 wurde für arbeitslose Zahnärztinnen und Zahnärzte, für Zahnärztinnen und Zahnärzte, die Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen und Assistentinnen und Assistenten in der Vorbereitungszeit die Möglichkeit geschaffen, an Kursen im Philipp-Pfaff-Institut zu ermäßigten Gebühren teilzunehmen. Die Differenz zum vollen Gebührensatz trägt die Zahnärztekammer aus einem dafür bereitgestellten Etat. Für das Jahr 2000 wurden 30.000,- DM zur Verfügung gestellt.

Im Berichtsjahr nutzten 32 Antragsteller diese Möglichkeit. Es wurden 10.488,75 DM in Anspruch genommen.

c) Dienstagsveranstaltungen

Im Rahmen der Fortbildungsreihe zu aktuellen Themen der Zahnheilkunde fanden im Berichtsjahr elf Vorträge zu nachfolgenden Themen statt:

11. Januar	Dr. Dr. Michael Stiller "Chirurgische Techniken zur Verbesserung der Ästhetik festsitzender Restaurationen"
01. Februar	Referent: Dr. Ina Nitschke "Zahnmedizin für ältere Menschen"
7. März	Dr. Uwe Blunck "Adhäsivsysteme für zahnfarbene plastische Füllungsmaterialien - Überblick, Neuentwicklungen, Einschätzungen"
04. April	Prof. Dr. Peter Reichart "Raucher, Nikotin und Mundgesundheit"
02. Mai	Dr. Frank Peter Strietzel / Zahnarzt Christian Scheifele "Aktuelle Aspekte in der zahnärztlichen bildgebendenDiagnostik"
06. Juni	Prof. Dr. Thomas Attin „Moderne Verfahren in der Endodontologie"
04. Juli	Prof. Dr. med. Elisabeth Knoll-Köhler "Zusammensetzung lokalanästhetischer Lösungen und deren Implikation für die Praxis"
05. September	Prof. Dr. Peter Cichon "Grundlagen der zahnärztlichen Behindertenbehandlung"
10. Oktober	Prof. Dr. Wolfgang Freesmeyer "Verblendschalen (Veneers) – Indikation und Anwendungsbeispiele"
07. November	PD Dr. med. H. Völler "Was der Zahnarzt über Herzerkrankungen wissen muss" (Prophylaxe, Therapie, Rehabilitation)
05. Dezember	Prof. Dr. Dr. Jean-Pierre Bernimoulin "Perspektiven in der Parodontologie für Praxis und Wissenschaft"

Den ca. einstündigen Vorträgen folgten ausführliche Diskussionen.

5. Zahnärztliche Weiterbildung

Der Prüfungsausschuss für Kieferorthopädie tagte im Berichtsjahr dreimal. Es wurden neun Anerkennungen zum Zahnarzt für Kieferorthopädie ausgesprochen.

Der Prüfungsausschuss für Oralchirurgie tagte im Berichtsjahr einmal. Es wurden zwei Anerkennungen zum Zahnarzt für Oralchirurgie ausgesprochen.

Die für Juni anberaumte Prüfung wurde mangels Anmeldungen kurzfristig abgesagt.

Für das Gebiet Öffentliches Gesundheitswesen wurde keine Anerkennung zum Zahnarzt für Öffentliches Gesundheitswesen ausgesprochen.

Es wurden drei Berechtigungen zur Weiterbildung für das Gebiet der Kieferorthopädie sowie eine Berechtigung zur Weiterbildung für das Gebiet der Oralchirurgie ausgesprochen.

Für das Gebiet Öffentliches Gesundheitswesen wurde eine Weiterbildungsberechtigung ausgesprochen.

Bei der Zahnärztekammer wurden im Berichtsjahr zehn Weiterbildungsassistenten für das Gebiet der Kieferorthopädie und sieben Weiterbildungsassistenten für das Gebiet der Oralchirurgie neu angemeldet. Für das Gebiet Öffentliches Gesundheitswesen wurde kein Weiterbildungsassistent neu angemeldet.

Am 31. Dezember 2000 befanden sich neunundzwanzig Assistenten für Kieferorthopädie und fünfzehn Assistenten für Oralchirurgie in der Weiterbildung. Weiterhin befanden sich sieben Zahnärzte in der Weiterbildung zum Zahnarzt für Öffentliches Gesundheitswesen.

6. Sonderveranstaltungen und besondere Tätigkeiten

a) Klausurtagung des Vorstandes

Zum Thema strukturierte und zertifizierte Fortbildung fand im Berichtsjahr eine Klausurtagung statt.

b) Heilberufskammern

Die Präsidenten und Vizepräsidenten sowie die Geschäftsführer der Heilberufskammern trafen sich im Berichtsjahr zweimal. Es fanden u. a. Treffen mit Mitgliedern der Gesundheitsausschüsse des Bundestages und des Berliner Abgeordnetenhauses sowie ein gemeinsames Pressefrühstück statt.

c) Sachverständigenkommission

Die Sachverständigenkommission zur Ermittlung des zahnärztlichen Ausbildungsstandes war im Geschäftsjahr fünfmal tätig.

Auf Ersuchen der Senatsverwaltung für Gesundheit ermittelte die Kommission den zahnärztlichen Ausbildungsstand von 19 Zahnärzten/innen, welche eine Approbation/Berufserlaubnis erlangen wollten.

d) Patientenberatung

Bis zur Einrichtung der gemeinsamen Patientenberatungsstelle von Zahnärztekammer Berlin und Kassenzahnärztlicher Vereinigung Berlin am 10. Mai 2000 wurden im Rahmen der individuellen Beratung durch Vorstandsmitglieder der Zahnärztekammer 13 protokollierte Beratungsgespräche geführt.

Telefonisch wurden im gesamten Geschäftsjahr täglich vermittelnde bzw. beratende Auskünfte erteilt.

Häufige Probleme/Anfragen:
- mangelnde Aufklärung sowohl zur Therapie als auch zu Behandlungskosten
- mögliche Schritte bei überhöht erscheinenden zahnärztlichen Liquidationen oder bei Verdacht auf zahnärztliche Falschbehandlung
- Fragen zu Garantie bzw. Regressansprüchen bei zahnärztlicher Versorgung
- kommunikative Probleme zwischen Zahnarzt und Patient
- argumentative Hilfestellung bei Erstattungsproblemen

Organisatorische Probleme der gemeinsamen Patientenberatungsstelle konnten durch Absprache mit den Verantwortlichen in der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Berlin behoben werden.

Seither stellen die Vorstandsmitglieder der Zahnärztekammer Berlin die Patientenberatungstermine an jedem Mittwoch sicher, jeweils in der Zeit von 8.00 - 9.00 Uhr und 14.00 - 16.00 Uhr.

e) Fachkundekurse nach der Röntgenverordnung

Entsprechend der Röntgenverordnung wurde gem. § 23 Abs. 4 ein Röntgenkurs für Zahnarzthelfer/innen und Stomatologische Schwestern durchgeführt. Der Kurs fand am 10. Mai im Philipp-Pfaff-Institut statt.

Die praktischen Übungen wurden in den Wochen danach, jeweils von Montag bis Freitag, durchgeführt. Insgesamt erwarben 36 Teilnehmer/innen den Fachkundenachweis.

f) Zahnärztliche Stelle nach § 16 Abs. 3 RöV

Die seit dem 01. Januar 1988 gültige Röntgenverordnung schreibt u. a. die Qualitätsbeurteilung von Patientenaufnahmen und Konstanzaufnahmen vor. Die Mitglieder der „Zahnärztlichen Stelle" haben im Jahr 2000 Patientenaufnahmen und Konstanzaufnahmen beurteilt.

Bearbeitete Praxen:	572
Untersuchte Dentaltubusgeräte:	621
Untersuchte Panoramaschichtgeräte:	190

Mängel bei Patientenaufnahmen:
Von den 811 geprüften Strahlern wurden 122 Patientenaufnahmen wegen Mängel zurückgewiesen, mit der Aufforderung, neue Aufnahmen nach Beseitigung der Fehlerquelle einzusenden. Im zweiten Durchgang wurden bei 24 Praxen Mängel bei Patientenbildern festgestellt, im dritten Durchgang wurden bei 3 Praxen Mängel festgestellt und im vierten Durchgang waren es noch drei Praxen bei denen Mängel bei Patientenbildern festgestellt wurden.

Mängel bei Konstanzaufnahmen:
Von den 811 geprüften Strahlern wurden 329 Konstanzaufnahmen wegen Mängel zurückgewiesen, mit der Aufforderung, neue Aufnahmen nach Beseitigung der Fehlerquelle einzusenden. Im zweiten Durchgang wurden bei 68 Praxen Mängel bei Konstanzaufnahmen festgestellt, im dritten Durchgang wiesen 8 Praxen Mängel bei entsprechenden Aufnahmen auf, während bei sechs Praxen noch im vierten Durchgang Mängel festgestellt wurden.

Bei 11 Praxen wurde die Senatsverwaltung für Frauen, Arbeit und Soziales wegen schwerwiegender Mängel bzw. nicht erfolgter Einsendung von entsprechenden Aufnahmen, trotz Aufforderung eingeschaltet.

g) Hepatitis-B-Impfstoff – Engerix-B

Im Berichtsjahr wurden 1.045 Impfdosen über die Firma SmithKline Beecham Pharma GmbH bestellt und an die Zahnarztpraxen ausgegeben.

h) GOZ

Im Geschäftsjahr wurden 287 schriftliche Anfragen beantwortet. In der Mehrzahl handelte es sich um Rechnungsprüfungen im Auftrag von Patienten sowie um den dazugehörigen Schriftwechsel mit den betreffenden Praxen. Schriftliche Auskünfte wurden jedoch auch privaten Krankenversicherungen, Erstattungsstellen, Rechtsanwälten und zahnärztlichen Kollegen erteilt.

Telefonisch wurde täglich eine Vielzahl von Anfragen von zahnärztlichen Mitarbeitern/innen aber auch von Zahnärztinnen und Zahnärzten zur privatzahnärztlichen Rechnungslegung, zu Vergütungsvereinbarungen und zum sachlich und rechtlich einwandfreien Umgang mit der GOZ und der GOÄ beantwortet.

Anlass dafür waren vorrangig:

- allgemeine gebührenrechtliche Fragen, erbetene Berechnungsempfehlungen
- Auseinandersetzungen mit Patienten, privaten Krankenversicherungen und Erstattungsstellen (Beihilfe) zu Problemen der GOZ bzw. GOÄ
- Fragen zu Formvorschriften bei Heil- und Kostenplänen, abweichenden Vereinbarungen gemäß § 2 GOZ (insbesondere bei sog. Verlangensleistungen) sowie privat zu berechnenden Mehrkosten bei GKV-Patienten
- Fragen zur Berechnungsweise gemäß § 6 Abs. 2 GOZ, zur Berechnung von Materialien und zur Berechnung von Laborkosten gemäß § 9 GOZ

Der Faxabruf zu Fragen der GOZ wurde mehrfach aktualisiert bzw. überarbeitet und durch zusätzliche Themen inhaltlich erweitert, auch EDV-technisch.

Monatlich wurden im MBZ Beiträge zur privatzahnärztlichen Rechnungslegung und damit in Zusammenhang stehenden Fragen veröffentlicht.

Für das Kammerhandbuch wurde eine Fassung der GOZ , auch in EDV-Form, erarbeitet (Drucklegung steht noch aus).

i) Gutachterwesen

Im Geschäftsjahr wurde eine Überprüfung der im Aufgabenbereich vorhandenen Arbeitsmittel und Materialien vorgenommen. Notwendige Ergänzungen sind erfolgt. Das sog. Gutachterpaket wurde rekonstruiert und EDV-technisch aufgearbeitet.

Es erfolgten 98 Benennungen für außergerichtliche Sachverständige und 15 Benennungen für den gerichtlichen Bereich, wobei die Anzahl der Anfragen (Versendung des Formblatts) weit höher lag.

j) Assistentenseminar

Für das Jahr 2000 war vorgesehen, diese Art der Fortbildung in das übliche Fortbildungsprogramm der PPI GmbH zu integrieren und den Assistenten günstigere Konditionen anzubieten.

Der für das zweite Halbjahr neu konzipierte „Große Almanach für das Praxismanagement", in dem mehr als 10 einschlägige Einzelkurse Aufnahme gefunden hatten, fand so gut wie keine Resonanz. Die weitaus überwiegende Zahl der Kurse musste abgesagt werden.

k) Technische Prüfung und Beratung

Die Prüftätigkeit nach der Medizingeräteverordnung in Mitgliederpraxen umfasste 214 Prüfungen und 386 Prüfungen von transportablen Elektrochirurgiegeräten (in den Räumen der Zahnärztekammer). In 8 Fällen konnten in Praxen Qualitätsmängel an Röntgeneinrichtungen beseitigt werden, die durch die „Zahnärztliche Stelle" zur Beanstandung kamen.

Durch die Aktivitäten der BuS-Betreuung vermehrten sich weiterhin die Anfragen zu arbeitsschutzrechtlichen Belangen. Basierend auf die durch die BuS-Betreuung vermittelten Grundkenntnisse wurden hauptsächlich individuelle Fragen zum Thema „Mutterschutzrecht", in Verbindung mit den gesetzlichen Lohnfortzahlungsmöglichkeiten gestellt, um wenigsten hier eine finanzielle Entlastung des Unternehmens „Zahnarztpraxis" zu erfahren. Ebenso nutzte man die Möglichkeit, Rat zu detaillierten technischen Problemen einzuholen.

Durch die enge Verzahnung mit der „Zahnärztlichen Stelle" ergaben sich, zwecks Erfahrungsaustausch, Kontakte mit der „Ärztlichen Stelle" und im Hinblick auf die Novellierung der Röntgenverordnung mit dem Landesamtes für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit Berlin (LAGetSi). Bei den Zusammenkünften mit dem LAGetSi kam es zu kontroversen Diskussionen hinsichtlich des Entwurfes der neuen Röntgenverordnung. Die im Entwurf vorgesehene Einführung der regelmäßigen Pflichtfortbildungen für Zahnärzte in Fünfjahresabständen wurde kritisiert. Es erging die Aufforderung, diese Kritik an den auf Bundesebene tätigen und hauptverantwortlichen „Länderausschuss Röntgenverordnung" weiterzuleiten. Dem LAGetSi gegenüber wurde der Wunsch geäußert, dass man zumindest auf Landesebene dem Dental-Fachhandel die Forderung auferlegt, bei der Betreuung von Röntgeneinrichtungen nur solches Servicepersonal einzusetzen, welches auch über eine umfassende röntgentechnische Fachkunde verfügt.

Der im Berichtsjahr veranstaltete 14. Berliner-Zahnärztetag wurde in Präsentationsfragen organisatorisch vorbereitet und begleitend betreut.

Fachbezogene Veröffentlichungen des Sachgebietes erschienen im MBZ sowie in den Rundschreiben der Zahnärztekammer.

Die Möglichkeit, bei der Zahnärztekammer eine objektive und neutrale Beratung zur Praxisneugründung zu erhalten, nutzten auch in diesem Berichtsjahr ca. 80 Zahnärzte. Schwerpunktthemen waren hierbei rechtliche und planungsrechtliche Bedingungen bei der Niederlassung, gerätetechnische Bedürfnisse, Fragen zur Gewerberaumsituation und Kaufangebotsüberprüfungen.

l) BuS-Betreuung

Zum 1. Januar waren der BuS-Betreuung 2.677 Teilnehmer angeschlossen, das entspricht 89,8 % der in Berlin niedergelassenen Zahnärzte. Im Berichtsjahr besuchte der Außendienst 848 Niederlassungen mit zusammen 2.300 Mitarbeitern. Innerhalb der Besuchstermine nutzten 1.201 Mitarbeiter das zusätzliche Angebot der arbeitsmedizinischen Vorsorgeuntersuchung, nach dem berufsgenossenschaftlichen Untersuchungsgrundsatz G 42 und der Biostoffverordnung.

Der Jahresumsatz (Rechnungslegung) der sicherheitstechnischen Betreuung durch die Zahnärztekammer belief sich (ohne Mehrwertsteuer) auf 136.206,05 DM.

Nach Abzug der Personal-, Büro- und Nebenkosten ergab sich ein Guthaben von 5.696,07 DM. Die Terminvergabe fand mit einem Vorlauf von ca. vier bis sechs Wochen statt.

Erfreulich war, dass im Berichtszeitraum nur vier Praxen den für sie bestimmten Termin kurzfristig absagten. Um die Teilnehmergemeinschaft finanziell nicht zu belasten, musste hier eine Aufwandsentschädigung erhoben werden.

m) Koordinierungskonferenz der neuen Bundesländer und Berlin

Die Koordinierungskonferenzen wurden im Geschäftsjahr weiterhin regelmäßig fortgeführt. Sie dienten zum Austausch von Sachproblemen und Entwicklungen in den einzelnen Kammerbereichen.
Im Berichtsjahr fanden zwei Koordinierungskonferenzen, eine im Januar und eine im Mai, statt.

n) Leitstelle Ausbildungsberater neue Länder

Im Jahr 1992 übernahm die Zahnärztekammer für die Freien Berufe die Funktion einer Zuwendungsleitstelle im Bereich der Förderung der Berufausbildung der Helferberufe für ein Förderprogramm des Bundesministeriums für Wirtschaft.

Die Maßnahme sieht eine Förderung der dualen Ausbildung durch die Einstellung von Ausbildungsberatern vor. Die Maßnahme wurde bis Ende des Berichtsjahres gefördert.

Insgesamt konnte die Leitstelle im Berichtsjahr für diese Maßnahme für elf Ausbildungsberater eine Fördersumme von DM 156.561,-- vom Bundesministerium für Wirtschaft treuhänderisch zu Verteilung anfordern.

7. Meldewesen

Am 01. Januar 2000 waren 4.685 Zahnärztinnen und Zahnärzte bei der Zahnärztekammer Berlin gemeldet; am 31. Dezember 2000 waren es 4.684 Kammerangehörige, bei folgender Aufgliederung:

	Zahnärzte	Ausländer
1. Praxisinhaber o. Sozius in freier Praxis	3.040	68
2. Assistenten und Vertreter in freier Praxis	472	70
3. Beamte und Angestellte ohne eigene Praxis		
a) in Universitätskliniken	135	6
b) in Krankenhäusern	7	0
c) bei Landesversicherungsanstalten und Krankenkassen	0	0
d) Jugendzahnärzte / Schulzahnärzte	48	0
e) Sanitätsoffiziere in der Bundeswehr	9	0
f) bei Berufsvertretungen	0	0
g) bei der Polizei	0	0
h) in Polikliniken / Ambulatorien	1	0
i) angest. ZA nach § 32b	65	3
k) sonstige (Industrie usw.)	6	0
Ohne zahnärztliche Berufsausübung:	901	43
a) dauernd	710	12
b) vorübergehend	191	31
Zahnärzte insgesamt	4.684	190

Von den insgesamt 4.684 Zahnärzten waren 190 Ausländer. Im Jahre 2000 wurden 224 Neuzugänge und 118 Zugänge aus anderen Kammerbereichen registriert. 143 Zahnärzte haben sich neu niedergelassen. Es waren 122 Praxisaufgaben zu verzeichnen, verzogen in einen anderen Kammerbereich sind 141 Zahnärzte, verstorben sind 37 Zahnärzte.

8. Schlichtungswesen

Durch vermittelnde Tätigkeiten schlichtete der Vorstand Streitigkeiten, die sich aus Patientenbeschwerden über die zahnärztliche Behandlung, das Behandlungshonorar, die Auslegung der Gebührenordnung bzw. aus den Streitigkeiten von Zahnärzten untereinander ergaben. Erheblichen Raum nahmen wieder Beschwerden von Patienten über Liquidationen aber auch über persönliches Verhalten von einzelnen Kammermitgliedern ein. Es waren über 249 Beschwerden (ausschließlich Patientenbeschwerden) zu bearbeiten, davon der überwiegende Teil mit umfangreichem Schriftwechsel, bis hin zur Ladung der Betroffenen in die Geschäftsstelle.
Es wurden 38 schlichtende bzw. kollegiale Gespräche in der Zahnärztekammer geführt.

9. Helferinnenwesen

Am 31. Dezember 2000 waren insgesamt 1.427 Auszubildende für den Beruf der Zahnarzthelferin registriert.

293 vorzeitig gelöste Ausbildungsverhältnisse waren im Berichtsjahr zu verzeichnen.
Die Zahl der insgesamt 118 ausländischen Auszubildenden setzte sich wie folgt zusammen: 52 aus der Türkei und 66 aus anderen Ländern.

Im Februar wurden in der Berufsschule weitere fünf Klassen, im August 17 Klassen neu eingerichtet, insgesamt gab es 61 Klassen.

An den Abschlussprüfungen im Winter und im Sommer 2000 nahmen insgesamt 575 Auszubildende teil, davon 467 regulär, 61 Erst- und Zweitwiederholer, sechs Umschüler und 41 Vorzieher. Die Prüfungen bestanden insgesamt 510 Teilnehmer; darunter 508 Zahnarzthelferinnen sowie 2 Zahnarzthelfer, nicht bestanden haben 65 Auszubildende, davon 16 Wiederholer.

Insgesamt sind 25 Prämien für gute Leistungen bei den Abschlussprüfungen im Winter und im Sommer vergeben worden.

Die Freisprechungsfeiern fanden im Winter im Rathaus Schöneberg und im Sommer im Haus der Kulturen statt.

An der Zwischenprüfung im Frühjahr (341 Auszubildende) und im Herbst (72 Auszubildende) nahmen insgesamt 413 Auszubildende teil.

In der Berufsschule für Zahnarzthelferinnen (Oberstufenzentrum Gesundheit) waren im Berichtsjahr zwei Zahnärzte als Fachkundelehrer vollschulisch und ein Zahnarzt als Stundenlehrer tätig.

Die gemäß § 45 Berufsbildungsgesetz bestellten Ausbildungsberater führten diverse Beratungen in der Geschäftsstelle der Zahnärztekammer durch.

Der Gehaltstarif für Zahnarzthelferinnen betrug einheitlich bis zum 31.03.2000 DM 2.383,-- und ab dem 01.04.2000 DM 2.431,-- Anfangsvergütung.

Die Ausbildungsvergütung betrug einheitlich bis zum 31.03.2000 850,- DM im 1. Ausbildungsjahr, 950,- DM im 2. Ausbildungsjahr und 1.050,- DM im 3. Ausbildungsjahr. Ab dem 01.04.2000 betrug die Ausbildungsvergütung einheitlich 867,- DM im 1. Ausbildungsjahr, 969,- DM im 2. Ausbildungsjahr und 1.071,- DM im 3. Ausbildungsjahr.

In das Förderprogramm „Begabtenförderung Berufliche Bildung" wurden im Berichtsjahr fünf Zahnarzthelferinnen aufgenommen. Fördermittel in Höhe von DM 32.650,- für ZMP- und ZMV-Fortbildungskurse am Philipp-Pfaff-Institut wurden in Anspruch genommen.

Der Berufsbildungsausschuss tagte im Berichtsjahr dreimal.

Der Schlichtungsausschuss zur Beilegung von Streitigkeiten aus einem Berufsausbildungsverhältnis nach § 111 ArbGG musste viermal einberufen werden. Es wurden zwei Vergleiche geschlossen und zwei Sprüche gefällt.

Vom 05. bis 06. Februar fand der 29. Fortbildungskongress für die Zahnarzthelferinnen, veranstaltet vom Quintessenz-Verlag, in Berlin statt.

10. Personalbestand der Zahnärztekammer

Im Berichtsjahr waren ganzjährig 10 Mitarbeiter/innen ganztags und sieben Mitarbeiterinnen halbtags tätig (zur Zeit befindet sich keine Mitarbeiterin mehr im Erziehungsurlaub). Zwei weitere Halbtagskräfte waren im Berichtsjahr nur jeweils für zwei Monate tätig. Im Mai und im August beendeten zwei weitere Ganztagskräfte ihr Arbeitsverhältnis, hierfür kamen im Mai ein Mitarbeiter ganztags und im August eine Mitarbeiterin halbtags dazu. Für die Zahnärztekammer Berlin waren im Berichtsjahr ein Geschäftsführer und ein stellvertretender Geschäftsführer tätig.

11. Finanzen und Buchhaltung

Zur Buchhaltung gehören Finanz-, Kontokorrent- und Gehaltsbuchhaltung. Die Buchhaltung wird insgesamt über die EDV-Anlage der Zahnärztekammer abgewickelt. Ihr liegt ein Kontenrahmen zugrunde. Alle anfallenden Geschäftsvorgänge (Belege) wurden kontiert und ordnungsgemäß verbucht, die Geldkonten (Postgiro und Bank) laufend überprüft.

Es wurden die Jahresbilanz, die Ertrags- und Aufwandsrechnung für das Jahr 1999 und der Haushaltsplan für 2001 erstellt.

Der Haushaltsausschuss tagte am 23. August 2000 zur Beratung des Haushaltsplanes für das Jahr 2001.

Die Kammerbeiträge wurden gemäß der Beitragsordnung von der Buchhaltung erhoben. Für niedergelassene Zahnärzte, die eine Abzugsvollmacht erteilt haben, wurde vierteljährlich eine Hebeliste erstellt und die Beiträge über die Kassenzahnärztliche Vereinigung eingezogen. Ferner ist es möglich, die Kammerbeiträge im Einzugsverfahren zu entrichten. Diese Art der Beitragszahlung wird von etwa der Hälfte der "Selbstzahler" genutzt. Die Beiträge der übrigen Zahnärzte wurden anhand der Beitragskonten überwacht, Rückstände durch Mahnungen angefordert und Mahngebühren erhoben. In einigen Fällen mussten Rückstände auf dem Wege der Verwaltungsvollstreckung eingezogen werden. Es wurden insgesamt 94 Mitgliedern im Berichtszeitraum eine Beitragsermäßigungen gewährt, davon befanden sich 10 Mitglieder im Erziehungsurlaub

Von allen neu eintretenden Kammermitgliedern sowie Assistenten nach Beendigung der Vorbereitungszeit wurde der lt. Beitragsordnung fällige Sonderbeitrag zur Finanzierung der investiven Kosten des neuen Fortbildungsinstitutes erhoben.
Der Sonderbeitrag betrug für 2000 30 % des Regelbeitrages.

Die Gehaltsbuchführung (-berechnung) oblag der Buchhaltung und ist aus den einzelnen Personalkonten ersichtlich.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember weist Erträge von DM 5.060.718,51 und Aufwendungen von DM 3.866.559,59. Dem Vermögen der Zahnärztekammer wurden DM 1.194.158,92 zugeführt.

Der Jahresabschluss 2000 wurde von der Prüfstelle der Bundeszahnärztekammer geprüft, die einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilte.

12. Fürsorgeausschuss/Sozialfonds

Am 15.11.2000 fand die jährliche gemeinsame Sitzung des Sozialausschusses der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Berlin und des Fürsorgeausschusses der Zahnärztekammer Berlin statt.

In der Vorstandssitzung am 22. Oktober 1992 wurde beschlossen, dass eine einmalige Unterstützung aus dem Sozialfond für bedürftige Rentner aus dem ehemaligen Ostteil Berlins geleistet werden soll. Es erhielten somit 35 Kolleginnen und Kollegen eine Weihnachtszuwendung, mit einer einmaligen Zahlung von je DM 300,-.

Drei Kolleginnen bzw. Kollegen, die das 80. Lebensjahr und darüber hinaus vollendet hatten, erhielten eine einmalige Geburtstagszuwendung von je 300,-.

Sozialfond:

Bezeichnung	Haben	Ausgaben
Stand 01.01.2000	66.474,41	
Rückstellung	entfallen	
Zugang	110,00	
Sitzungsgeld		300,00
Geburtstagsbeihilfen		900,00
Seniorenfahrt		4.270,00
Weihnachtsbeihilfen		10.500,00
Gesamt/Kontostand 31.12.2000		50.614,41

Seniorenveranstaltungen
Wie seit Jahren üblich, so war es auch in diesem Jahr möglich, für alle über 65-jährigen Kolleginnen und Kollegen unserer Stadt eine Seniorenfahrt zu veranstalten. Es haben sich wieder viele Senioren an dieser interessanten Fahrt beteiligt.

Die sonst obligatorische Kaffeerunde zur Weihnachtszeit wurde aus Termingründen verschoben und dafür ein Neujahrsumtrunk im Januar 2001 veranstaltet.

13. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Im Jahr 2000 nahm die Breite an öffentlichkeitswirsamen Aktionen zu - mit Einzelprojekten und kontinuierlicher Begleitung länger laufender Projekte vorrangig in Fachredaktionen und im MBZ. Es wurden zudem neue Konzepte realisiert und für Kontinuität geplant. Beispiel: Erstmals fand eine von der Zahnärztekammer ausgerichtete gemeinsame Pressekonferenz aller Berliner Heilberufskammern statt, die alljährlich gemeinsame Aspekte aller Heilberufe zu einem bestimmten Thema präsentieren soll. Bei der Pressekonferenz 2000 ging es vorrangig um die Demonstrationen der Gemeinsamkeit und die Auflistung besonderer Einzelsorgen der jeweiligen Kammern mit der Gesundheitspolitik.

Neu und ebenfalls als Serie konzipiert war eine Veranstaltungsreihe in der URANIA – zusammen mit der Zahntechnikerinnung Berlin-Brandenburg und gesponsert von dem Unternehmen Wieland: das „Erste Berliner Zahn- und Mundgesundheitsforum". Dem Publikum wurden zusätzlich zu den Vorträgen im Saal, die sich jeweils einem bestimmten zahnmedizinischen Aspekt widmeten (in diesem Fall: Zahnersatz), im Eingangsbereich im

Rahmen einer Informationsausstellung viele praktische Tipps gegeben. Unter anderem dabei: die gemeinsame Patientenberatungsstelle im Zahnärztehauses.

Viele Themen zogen sich durchs ganze Jahr. Eines davon: Die Eröffnung dieser neuen Patientenberatungsstelle im Zahnärztehaus, die in Folge mehrere Anlässe für Berichte bot, aber auch selbst mehrfach aktiv präsent war. Sowohl für interne Erfahrungen als auch für die externe Wirkung war diese Einrichtung ein großer Gewinn.
Ein weiteres über das ganze Jahr 2000 laufendes Thema war die Übersendung einer mobilen Zahnarztpraxis in die Lager der Erdbebenopfer in der Türkei. Lokale und Fach-Medien wurden regelmäßig über den Stand der Entwicklung informiert, auch der Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer in Dresden wurde berichtet und es wurde zu Zahnbürstenspenden aufgerufen.

Dauerthema und sich bei der bestehenden Haushaltslage als kompliziert herausstellend, war die Neugestaltung der Internet-Seite. Nach mehreren Anläufen gemeinsam mit der KZV, aber auch mit Anbietern aus Berlin wurde eine Entscheidung auf das Jahr 2001 vertagt, da sich das Problem notwendiger Informationen und technischer Grundausstattung zusammen mit den finanziellen Möglichkeiten nicht zufriedenstellend lösen ließ. Das Gesamtkonzept "Portal Zahnmedizin für Berlin" wurde in Unterprojekte aufgeteilt und in Einzelschritten angegangen.
Das sicher "größte" Projekt im Rahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Jahr 2000 war der "Marktplatz für Mundgesundheit" aus Anlass des Tages der Zahngesundheit auf dem Breitscheidplatz. Mit tatkräftiger und finanzieller Unterstützung zahlreicher Unternehmen präsentierte sich dort die Zahnmedizin mit allen Facetten und getragen von allen Beteiligten. Zahnärzte aus beiden Hochschulen und aus der Praxis, Zahntechniker, Zahnarzthelferinnen und Unternehmen zeigten der Bevölkerung, was moderne, attraktive und präventive Zahnmedizin heute für jeden Patienten leisten kann. Marktplatzgerecht wurde auch für unterhaltsame Aspekte gesorgt.

Ein weiterer Schwerpunkt war wie immer der Zahnärztetag. Im Jahr 2000 wurde die entsprechende Pressekonferenz breiter angelegt und auch auf die Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für zahnärztliche Prothetik und den erstmals stattfindenden Assistentenkongress hingewiesen. Die Pressekonferenz wurde zudem genutzt, um auf die wachsende Schere zwischen notwendiger Innovation in den Praxen und schlechteren Rahmenbedingungen aufmerksam zu machen. Fachlicher Schwerpunkt im Jahr 2000 waren die Werkstoffe in der Zahnmedizin. Das Interesse der Journalisten zeigte, dass das Thema Amalgam selbst in diesem Zusammenhang - zumindest zu diesem Zeitpunkt - nicht mehr von öffentlicher Bedeutung war. Das zeigte sich auch beim klassischen Patientenseminar in der FU-Zahnklinik im Vorfeld: Auch hier wurden zahnärztliche Werkstoffe alltagsnah präsentiert und debattiert – auch bei den Patientenfragen kam Amalgam kaum vor. In unterhaltsam-informativen Vorträgen hatten Wissenschaftler beider Berliner Zahnkliniken unterschiedliche Werkstoffe in Diavorträgen präsentiert, auf ihren Einsatz außerhalb und innerhalb der Zahnmedizin hingewiesen, während die begleitende Ausstellung viele Angebote zum Mitmachen oder Nachhaken bot. Auch hier wieder mit dabei: die gemeinsame Patientenberatungsstelle im Zahnärztehaus.
Im Zusammenhang mit dem Zahnärztetag konnte auch eine Telefonaktion mit der Berliner Morgenpost arrangiert werden, die auf großes Interesse bei den Lesern stieß und zu positiver Nachbereitung in der Zeitung führte.

Wie beinahe in jedem Jahr wurde auch 2000 wieder auf den Beruf der Zahnarzthelferin hingewiesen - unter anderem mit Berichten über Fortbildungsmöglichkeiten, aber auch zusammen mit dem Berliner Kurier als Hinweis auf freie Plätze für Auszubildende und nicht zuletzt mit einem Protest gegen die Kürzung von Geldern für Lehrmittel. Hinzu kamen allerlei weitere kleinere Medienaktionen, so dass am Jahresende der Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit mit einem dicken Paket an Aktivitäten abschließen konnte.

14. Landesarbeitsgemeinschaft zur Verhütung von Zahnerkrankungen e. V. (LAG)

Die am 11. Juni 1990 gegründete LAG e. V. setzte im Berichtsjahr ihre Tätigkeit fort. Die Rahmenvereinbarung von Juni 1994 gilt weiterhin. Ein Organisationskonzept für das Jahr 2000 wurde erstellt.

Der Vorstand der LAG setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

Vorsitzende:	Dr. Erika Reihlen	Land Berlin
stellv. Vorsitzende:	Gerlinde König	AOK Berlin
	Dr. Jürgen Gromball	Zahnärztekammer Berlin
	Reiner Ziebeil	BKK-Landesverband Ost
	Jens Haftenberger	IKK Berlin und Brandenburg
	Jürgen Hardt	AEV Arbeiter-Ersatzkassen-Verband e. V. - Landesvertretung Berlin -
	Karl-Heinz Resch	VdAK - Landesvertretung Berlin -

Die Geschäftsstelle der LAG hatte ihren Sitz bis Oktober des Berichtsjahres in der Klaus-Groth-Str. 9 und ist im Oktober in die Aßmannshauser Str. 4 - 6, 14197 Berlin, umgezogen.

15. Philipp-Pfaff-Institut

Die im November 1992 gegründete PPI GmbH setzte ihre Tätigkeit im Berichtsjahr fort.

Die wissenschaftliche Leitung änderte sich im Berichtsjahr. Nach dem Ausscheiden von Herrn Dr. Dr. Peter Ehrl führt Frau Dr. Susanne Fath als wissenschaftliche Leitung die Geschäfte des PPI fort. Frau Dagmar Heene ist weiterhin als kaufmännische Geschäftsführerin bestellt.

Die Präsidenten und Vorstände der Landeszahnärztekammer Brandenburg und Berlin vertraten die Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung.
Entsprechend § 7 des Gesellschaftervertrages tagte die Gesellschafterversammlung in 2000 dreimal. In den Gesellschafterversammlungen wurde u.a . über einen möglichen Standortwechsel, die finanzielle Situation des Instiutes, den Jahresabschluss für das Jahr 1999, Inhalte und Gestaltung des Fortbildungsprogramms, die Kurseinnahmen und -ausgaben, die Entwicklung der Teilnehmerzahlen, die Organisations- und Leitungsstrukturen sowie die Jahresplanung 2001 gesprochen.

Der gemäß § 11 Gesellschaftsvertrag bestellte Fachbeirat setzte seine Tätigkeit im Berichtsjahr fort und tagte zweimal. Der Fachbeirat setzt sich wie folgt zusammen:

Dr. Uwe Blunck	Vorsitzender (Berlin)
Dr. Matthias Müller	Stellv. Vorsitzender (Berlin)
Dr. Benno Damm	Mitglied (Brandenburg)
Dr. Klaus Felgentreff	Mitglied (Berlin)
Dr. Ulrich Reetz	Mitglied (Berlin)
Dr. Peter Ring	Mitglied (Berlin)
Dr. Eva-Maria Schumann	Mit glied (Brandenburg)
Dr. Dr. Michael Stiller	Mitglied (Berlin)

a) Praxis

Es besteht seit der Einstellung der Praxis als Vollzeiteinrichtung nur noch eine partielle Behandlungstätigkeit durch die Leiterin des Prophylaxeseminars/wiss. Leiterin des Institutes (z.Zt. 5-6 Std./Wo.). Dadurch können auch evt. im Prophylaxe-Betrieb auftretende Akutsituationen (z.B. Verlust einer Füllung u.ä.) zumindest provisorisch versorgt werden. Assistenz und anfallende Administration werden von einer sowieso im Hause beschäftigten Mitarbeiterin wahrgenommen.

b) Kursbetrieb Wissenschaftliches Programm

Im Berichtsjahr wurden 200 Kurse mit 2.763 Teilnehmern durchgeführt. 68 Kurse mussten wegen Unrentabilität abgesagt werden. Bei 8 Kursen entstanden wegen der hohen Nachfrage Wartelisten. 6 Kurse wurden zu günstigen Bedingungen außerhalb des regulären Programms zusätzlich angeboten, daran nahmen nochmals 426 Teilnehmer teil.
Es fanden im Jahr 2000 zwei Symposien statt. Am 24.06. wurde das Symposium „Neues in der Oralchirurgie", verbunden mit der Jahrestagung des BDO, veranstaltet und konnte 105 Teilnehmer verbuchen. Das zweite Symposium war der alljährliche „Berliner Prophylaxetag" am 2.12.2000, der mit 200 Teilnehmern unverändert gut angenommen wurde.
Dagegen musste das Herbstsymposium wegen der schlechten Nachfrage abgesagt werden.

Insgesamt war die Zahl der Kursteilnehmer im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr rückläufig, die Teilnehmerzahlen im regulären Programm gingen um 10,75% zurück und konnten nur durch die kurzfristig angesetzten Zusatzkurse aufgefangen werden.

Im Zusammenhang mit der problematischen Besucherzahl des Institutes wurde im Verlauf des Jahres auch die Frage nach der Rolle des Standortes in dieser Frage immer kritischer bewertet. Dies führte im Oktober 2000 zu einem einstimmigen Beschluss der Delegiertenversammlung der Berliner Zahnärztekammer, diesen Standort aufzugeben. Mit dem gleichen Ergebnis stimmte dazu auch die Brandenburger Kammerversammlung ab. Als mögliche neue Standorte standen bis zum Jahresende die Zahnklinik der FU in der Aßmannshauser Straße einerseits, sowie ein von einem Kollegen als Stiftung angebotenes Gebäude in Berlin-Tiergarten andererseits zur Diskussion.

c) Intensivseminar für Individualprophylaxe

Am 22. Januar 2000 wurde der 18. Kurs des Prophylaxe-Seminars abgeschlossen. In diesem Kurs bestanden von den 35 Teilnehmerinnen 30 die Abschlussprüfung, es wurden 5 Wiederholungsprüfungen fällig. Zur Abschlussfeier konnten also von den Vertretern der ZÄK Berlin und der LZÄK Brandenburg somit 30 Zeugnisse überreicht werden.

Der 19. Kurs begann termingerecht am 09.02.2000. Obwohl ausreichend Bewerbungen eingegangen und entsprechend 36 Teilnehmerinnen zum Kurs zugelassen worden waren, trat eine bis dahin noch nie dagewesene Anzahl der Teilnehmer kurz vor Kursbeginn vom Vertrag zurück. Der Kurs musste deshalb mit nur 24 Teilnehmerinnen abgehalten werden. Entsprechende Stornogebühren wurden in Rechnung gestellt.

Dies stellt eine Teilnehmerzahl dar, die trotzdem eine Aufteilung vieler Unterrichtseinheiten in 2 Gruppen erfordert (u.a. wegen der Kapazität des Phantomraumes, 20 Plätze), so dass sich die Aufwendungen für Referenten und Raumkosten kaum reduzieren ließen. Zudem war in diesem Kurs auch die Anzahl der Prophylaxe-Behandlungen an Patienten entsprechend kleiner.
Der Kurs endete am 15. Juli 2000, anlässlich der Abschlussfeier konnten diesmal an alle 24 Teilnehmerinnen feierlich Zeugnisse überreicht werden.

Nach der Sommerpause begann am 6. September dann der 20. Kurs mit dann wiederum 36 Teilnehmerinnen. Die Kursgebühr wurde in diesem Jahr unverändert bei DM 7300.- belassen, ebenso die Prüfungsgebühr (DM 350.-), der Unkostenbeitrag für Lehrmittel (DM 150.-) und die Bearbeitungsgebühr für das Bewerbungsverfahren (DM 50.-).
Das von den Patienten zu entrichtende Behandlungshonorar wurde ab Oktober 2000 von DM 56,93 auf DM 59,40 für gesetzlich Versicherte und von DM 76,23 auf DM 79,20 für privat Versicherte erhöht.

Mit den Rundschreiben der Berliner und Brandenburger Kammer wurde ein Fragebogen an alle Praxen verschickt, um die Präferenzen für die Unterrichtszeiten im Prophylaxe-Seminar zu ermitteln. Aufgrund der per Antwortfax eingehenden Rückmeldungen erfolgte dann die Planung für den nächsten Kurs, der im Februar 2001 beginnt, wieder mit Unterrichtstagen am Mittwoch und am Samstag. Dass dies den Praxen bei der Realisierung der nebenberuflichen Fortbildung zur ZMP entgegenzukommen scheint, ließ sich an den sofort wieder ansteigenden Bewerberzahlen deutlich ablesen.

Am 4./5. Februar 2000 präsentierte sich das Philipp-Pfaff-Institut einschließlich des Prophylaxe-Seminars wiederum am Berliner Zahnärztetag auf einem Stand der Zahnärztekammer.

Vom 6.-9.04.2000 folgten Fr. Dr. Fath und Fr. Kronfeld einer Einladung der ÖGZMK und präsentierten das Berliner Prophylaxe-Konzept in Vorträgen und Seminaren auf dem Frühjahrssymposium der ÖGZMK in Bad Waltersdorf bei Graz.

Zur Göttinger Adhäsiv-Tagung am 19./20.05.2000 erhielt das Prophylaxe-Seminar ebenfalls eine Einladung, sich dort mit einem Informationsstand und einem Seminar zu präsentieren, was von den oben Genannten wahrgenommen wurde. Zu diesem Zeitpunkt war die Konzeption für einen Anfang 2001 geplanten Kompaktkurs (3 Monate vollverschult) zur ZMP bereits abgeschlossen, so dass dieses Angebot bei beiden Gelegenheiten bekannt gemacht werden konnte.

Am 2.09.2000 präsentierten Fr. Dr. Fath und Fr. Krieg das Prophylaxe-Seminar auf dem Zahnärztetag der LZÄK Mecklenburg-Vorpommern in Warnemünde, am 15./16.09.2000 war Dr. Fath mit Fr. Kronfeld mit einem Stand auf den Fortbildungstagen der LZÄK Sachsen-Anhalt in Wernigerode präsent.

Am 27./28.10.2000 besuchten die Obengenannten den Kongress für Präventiv-Zahnmedizin in Mainz, eine Reise, die durch die Erstellung eines Kongressberichtes kostenneutral organisiert werden konnte.

Im Jahr 2000 wurden vom Team des Prophylaxe-Seminars wiederum 2 IP-Baustein-Kurse mit je 40 Teilnehmerinnen geplant und zum großen Teil selbst durchgeführt.

Fr. Dr. Fath übernahm ab dem 01.06.2000 zusätzlich die wissenschaftliche Leitung des Philipp-Pfaff-Institutes und erhöhte ihre Wochenarbeitszeit wieder auf eine volle Stelle entsprechend. Um eine zeitliche Entlastung im Bereich Kursbetreuung (v.a. bei der Beaufsichtigung des klinischen Behandlungsbetriebes) zu erreichen, wurde die Kollegin Adib in größerem zeitlichen Umfang eingebunden.
Fr. Arndorfer wechselte ab 01.11.2000 als Sekretärin in das Büro der allgemeinen Kursverwaltung des PPI, wodurch im Prophylaxe-Seminar eine ZMP-Stelle zunächst unbesetzt blieb.

d) Fortbildungsseminar zur Zahnmedizinischen Verwaltungshelferin

Die Konzeption, Organisation und Betreuung des Kurses erfolgte durch Frau Kronfeld.

Dank der Unterstützung von 30 Fachreferentinnen und Fachreferenten wurden am 04. April 2000 die 23 Teilnehmerinnen (15 Teilnehmerinnen aus Berlin, 7 Teilnehmerinnen aus Brandenburg und 1 Teilnehmerin aus Sachsen-Anhalt) verabschiedet.

Die Aufnahmeprüfung für den Kurs 2000/2001 fand am 13. Mai 2000 statt. Der Kurs startete am 04. September 2000 mit 36 Teilnehmerinnen (24 Teilnehmerinnen aus Berlin, 1 Teilnehmerin aus Sachsen-Anhalt und 11 Teilnehmerinnen aus Brandenburg).
Die Kursgebühr betrug DM 3.700,-, die Höhe der Bearbeitungsgebühr und Aufnahmeprüfung betrug DM 50,-, die Gebühr für Arbeitsmaterial betrug DM 150,- und die Prüfungsgebühr wurde auf DM 350,- festgesetzt.

Die neue Prüfungs- und Fortbildungsordnung wird in diesem Kurs praktisch umgesetzt.

Der praktische EDV-Kurs fand, dank der Unterstützung der Schulbehörde, in den Fachräumen der Berufsschule (OSZ-Gesundheit) statt.

Der Kurs wurde für alle Teilnehmer erfolgreich am 10. März 2001 nach erfolgter Abschlussprüfung beendet.

10585 Berlin, 15. August 2001

Dr. Christian Bolstorff
- Präsident -

Dr. Jürgen Gromball
- Vizepräsident -